

# Union in Deutschland

## Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstr. 173, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 61

Bonn, den 18. August 1951

V. Jahrg.

Wilhelm Simpfendorfer:

## Christentum und politische Welt

In seiner Rede über die CDU als Weltanschauungspartei auf der Landesversammlung in Nord-Württemberg stellte der Landesvorsitzende die Frage, ob Politik und Wirtschaft, wie es so oft heißt, ihren eigenen Gesetzen folgen und mit christlichen Maßstäben nicht gemessen werden dürfen. Er wendet sich gegen diese Auffassung und im besonderen gegen eine Abstinenz der Christen von der Politik, die schon einmal ins Verderben geführt habe:

In dem alten Buch der Bibel finden wir im 25. Kapitel des Matthäus eine gewaltige Schilderung des Endgerichts der Welt. Was entscheidet dort nach den Worten Jesu über das ewige Schicksal der Menschen? Der höchste Richter fragt dort nicht: Was habt ihr gepredigt? — Geglaut? Welch Theologie habt ihr vertreten? Welcher christlichen Vereinigung habt ihr angehört? Entscheidend ist in diesem Gericht, ob wir Hungrige gespeist, Obdachlosen Unterkunft verschafft, Nackte bekleidet, Kranke besucht und uns der Gefangenen angenommen haben. Auf unsere heutige Lage angewendet: Ob wir in der Gestaltung der Ordnungen unseres Volkes dafür gesorgt haben, daß auch die Ernährung der Ärmsten gesichert, ihre Wohnungsnot beseitigt, ihre Sorgen um Bekleidung gelindert wurden, daß der Kampf mit der Krankheitsnot aufgenommen und ob wir in Gesetz und Recht auch Barmherzigkeit und Liebe zur Geltung kommen ließen.

Diesen politischen Dienst sind wir als Christen schuldig, und wir werden einst dafür Rechenschaft abzulegen haben. Unser Volk und die Welt werden sterben, wenn die Christen sich diesem Dienst versagen, der sie notwendig in die Gebiete der Agrarpolitik, der Finanzpolitik, der Sozialpolitik und der Rechtspflege führt. Denn man kann diese Volksnöte und Probleme nicht lösen durch Almosen oder dadurch, daß man dem einen nimmt, was man dem anderen geben will. Es geht vielmehr um die gesamte Neuordnung der menschlichen Gemeinschaft aus dem Geiste christlicher Verpflichtung und christlicher Verantwortung. Lassen Sie mich aus dieser Grundhaltung heraus einige Aufgaben der CDU in der gegebenen konkreten Situation aufzeigen.

Unser Volk ist heute in weiten Kreisen erfaßt von der „Ohne-mich“-Stimmung. Mit überlegenem Lächeln lehnt man die Mitarbeit im politischen Leben ab. Die einen aus Bequemlichkeit und Feigheit, die anderen, weil sie glauben, berechtigten Anlaß zu ablehnender Kritik zu haben. Dem Christen ist eine solch grundsätzliche Verachtung und Ablehnung des Staates nicht erlaubt. Er hat gegen eine solche Haltung anzugehen und den Ungeist der Parole des „Ohne mich“ zu bekämpfen.

Das schicksalsschwerste politische Problem, das uns heute zu lösen aufgegeben wurde, ist die Spannung zwischen Ost und

West. Wir haben auch hier als Christen, eine klare Entscheidung zu treffen, denn die Grenze beider Systeme geht mitten durch Deutschland. Die Entscheidung sollte eindeutig sein: Der Christ kann keine Ordnung wünschen, die sich dem Menschen als einzige und totale Lebensordnung aufzwingt und so an die Stelle tritt, die Gott allein zukommt. Eine staatliche Ordnung, in der die Kräfte des göttlichen Wortes unterdrückt und das Wirken der Kirche ausgeschaltet werden, kann niemals eine gesunde Ordnung sein. Daraus ergibt sich — auch um des Staates selbst willen — eine klare Entscheidung gegenüber jedem totalitären System. Damit erklären wir das Ordnungssystem des Westens nicht schlechthin als christlich. Auch ihm gegenüber muß unser

Blick unbestechlich kritisch bleiben. Aber entgegen aller heute schon wieder üblichen Verachtung der demokratischen Staats- und Lebensform sehen wir gerade als Christen in ihr die Möglichkeit, die Freiheit und Würde des Menschen zur Wirklichkeit werden zu lassen, und wir sehen daher die Verpflichtung, uns zu einer solchen Form der Neuordnung eindeutig zu bekennen und für ihre Verteidigung bereit zu sein.

In dieser Stellungnahme zum totalitären System befinden wir uns in völliger Übereinstimmung mit den Kundgebungen und Entscheidungen der Leitungen beider großen christlichen Konfessionen. Diese Übereinstimmung in einer so schicksalhaften Frage ist für uns als CDU eine hochbedeutsame und verpflichtende Bestätigung der Richtigkeit unserer politischen Entscheidung und ein sicherer Wegweiser auch für die Zukunft, wenn es gilt, gegen die Gefahr des offensiven Totalitarismus Dämme aufzurichten.

## Echte Partnerschaft

Das Ende der parlamentarischen Ferien kündigte sich im Bonner Bundeshaus durch zwei Pressekonferenzen an, die der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. v. Brentano und der Führer der Opposition, der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher, abhielten. Die Politik drinnen und draußen hat inzwischen ja keineswegs Ferien gemacht. Auch der Erholungsplatz des Bundeskanzlers in der Schweiz war wirklich nicht das, was man sonst und für den erholungsbedürftigen Menschen unter einem Ferienaufenthalt versteht.

Dr. v. Brentano, der zu den jüngsten und wenig befriedigenden Bescheiden alliierter Stellen in Deutschland Stellung nahm, gab seinem Bedauern Ausdruck über die von ihm als unzeitgemäß bezeichnete Behandlung ernsthafter und sachlich begründeter Anliegen der Bundesregierung. Aus seinen Worten sprach die ehrliche Besorgnis darüber, daß im Jahre 1951 immer noch nach den formalen Rechtsbestimmungen eines überlebten Besatzungsstatuts und aus dem Geiste einer der Vergangenheit angehörenden Zeit in einer Weise befunden wird, die der vorbehaltlosen Bereitschaft des deutschen Volkes dem Westen gegenüber und den Notwendigkeiten des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaues der Bundesrepublik zu wenig Rechnung trägt.

Daß in einem Teil der Auslandspresse die Ablehnung eines tragbaren Ausgleichs in den einschneidenden Fragen des Kohlen-

exportes und der Besatzungskosten heute noch mit dem Hinweis auf den verlorenen Krieg begründet werden konnte, erklärte Dr. v. Brentano als eine bedauerliche Verneinung der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit im neuen Geiste echter Partnerschaft. Die bedenklichen Folgen, die sich aus der Kohlen-situation und aus der im ordentlichen Etat nicht auszugleichenden Belastung der Finanzen für ein Volk ergeben, mit dem man in vorderster Linie Europa verteidigen will, gaben Anlaß zu der Frage des Sprechers der größten Regierungspartei, ob es noch einen Sinn habe, auf einer Ebene weiter zu verhandeln, die den politischen Wirklichkeiten einer gewandelten Zeit so wenig Rechnung trägt.

Die Notwendigkeit, alle miteinander verbundenen Fragen der Beziehungen zu den alliierten Mächten in einer höheren und weiteren Sicht zu regeln, tritt immer zwingender hervor. Zu diesem Fragenkomplex gehören sowohl die durchaus hoffnungsvoll angelaufenen Verhandlungen über die Umwandlung des Besatzungsstatutes wie auch der Verteidigungsbeitrag nicht nur auf militärischer, sondern auch auf wirtschaftlich sozialer Ebene. Hierfür dürften die maßgebenden, wirklich mit den deutschen Verhältnissen vertrauten Repräsentanten der Alliierten in der Bundesrepublik durchaus Verständnis haben. Wenn in diesem Zusammenhang Dr. v. Brentano darauf hinwies, daß der Kanzler nach seiner London-

# Steuer- und Sozialbelastung in Europa

Reise auch einer Einladung der amerikanischen Regierung nach Washington Folge leisten würde, so ist das durchaus nicht die Sensation, die verschiedene Publikationen darauf zu machen versuchten.

Zu einer Änderung der außenpolitischen Linie und ihrer Methodik, wie sie Dr. Schumacher in seinen bekanntesten überspitzten Formulierungen und Dramatisierungen der Tatbestände aus parteitaktischen Gründen forderte, liegt kein Anlaß vor. Dr. Schumacher hat mit seinen taktlosen Bemerkungen über den Hohen Kommissar Francois Poncet wieder einmal den Beweis geführt, daß er für die von ihm erstrebte Funktion in der Staatsführung nicht qualifiziert ist. Mit selbstgefälligen Bonmots macht man keine Politik.

In dieser großen Linie hat sich die vorsichtig abwägende, in der Betonung des deutschen Standpunktes zielbewußt, Schritt um Schritt vorwärts drängende Politik des Kanzlers bewährt. Eine Demonstrationspolitik des Auftrumpfens, wie sie in den Forderungen Dr. Schumachers immer wieder zum Ausdruck kommt, würde die deutsche Politik keineswegs weiterbringen, sondern das bisher Errungene — das wahrlich nicht gering zu bewerten ist — nur gefährden. Daran können auch einzelne enttäuschende Rückschläge nichts ändern, die geradezu die Wiederaufnahme der Verhandlungen unter höherer Sicht fordern. Die Aufgabe der Sicherung einer bedrohten Welt gegen die östliche Aggression ist so unmißverständlich gestellt und in ihrer Substanz allorts begriffen, daß der Weg zu ihrer Lösung, wie er sich für das deutsche Volk als echte Partnerschaft ergibt, zwar gelegentlich noch zu verstellen, aber nicht mehr zu sperren ist.

## Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung

Die verschiedenen Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung, die in den vergangenen Monaten von der Bundesregierung eingeleitet wurden, sollen in ihrer Wirkung verstärkt werden, um den Arbeitsmarkt weiter zu beleben. Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes über die Finanzierung eines Sofortprogramms zur Arbeitsbeschaffung im Rechnungsjahre 1951 beschlossen. Dieses neue Arbeitsbeschaffungsprogramm ist seinem Inhalte nach ein ausgesprochenes Soforthilfeprogramm zur Ergänzung des konstruktiven Wirtschaftsprogramms. Als Notstandsarbeitsprogramm soll es einer weiteren wirtschaftlichen Verelendung und darüber hinaus der Gefahr zunehmender Radikalisierung der Dauerarbeitslosen begegnen.

Besondere Schwierigkeiten struktureller Art ergaben sich in den Ländern, die eine relativ große Zahl von Vertriebenen und Flüchtlingen aufgenommen hatten, ohnehin industriearm sind und darüber hinaus verkehrsmäßig ungünstig liegen. Diese Voraussetzungen gelten in hervorragendem Maße für die Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die nachfolgende Übersicht unterstreicht die besonderen Schwierigkeiten dieser Länder: Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen des Bundesgebietes befanden sich Ende Oktober 1950 mehr als  $\frac{2}{3}$  (68,8 %) in diesen vier Ländern. Demgegenüber betrug der Anteil der beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten nur etwa 44 % des Bundesdurchschnittes. Zum gleichen Zeitpunkt entfielen von 153 000 in der Arbeitslosenfürsorge unterstützten Männern, die über 1 Jahr betreut wurden, 83,6 % (der

Bei der Bewertung der deutschen Leistung an Besatzungskosten, die als finanzieller Verteidigungsbeitrag angesehen werden, wird von alliierter Seite gern darauf hingewiesen, daß in den USA 23% des Sozialproduktes und 80% des Staatshaushaltes für Verteidigungszwecke Verwendung finden, während in der Bundesrepublik nur 6 % des Sozialproduktes und etwa 30% des öffentlichen Haushaltes für gleiche Zwecke ausgegeben werden. Auch in allen übrigen westlichen Ländern würden größere Aufwendungen für die Verteidigung gemacht als in der Bundesrepublik.

Demgegenüber wird deutscherseits darauf hingewiesen, daß im laufenden Rechnungsjahr der Anteil der Steuer- und Soziallasten am Volkseinkommen — und darauf kommt es an — in der Bundesrepublik höher sind als in allen anderen europäischen Ländern. Dabei sind die Steuerlasten errechnet auf der Grundlage eines Besatzungskostenaufwandes von 5,8 Mrd. DM, wie sie im Vorschlag des ordentlichen Bundeshaushaltes enthalten sind. Bei voller Inanspruchnahme würden sich aber die Gesamtaufwendungen für Besatzungskosten im Rechnungsjahr 1951/52 auf 9,3 Mrd. DM belaufen!

Eine vergleichende Darstellung der Steuer- und Sozialbelastung in den europäischen Ländern ergibt, entsprechend den für die Bundesrepublik besonders großen Kriegsfolge-Verpflichtungen, folgendes Bild:

In der Bundesrepublik wird im Rechnungsjahr 1951 der Anteil der Steuerbelastung von 26,2 Mrd. DM am Volkseinkommen (88,1 Mrd. DM) 29,73% und der Anteil der gesamten Steuer- und Sozialbelastung von 34,29 Mrd. DM 38,92% ausmachen. Würden die zusätzlichen Besatzungskosten in Höhe von 2,1 Mrd. DM durch weitere Steuererhöhungen gedeckt werden müssen, dann würde die gesamte Steuer- und Sozialbelastung auf 41,31% des Volkseinkommens ansteigen. Je Kopf der

Bevölkerung errechnet sich für das Rechnungsjahr 1951 eine Steuerbelastung von 543 DM und eine Steuer- und Sozialbelastung von 711 DM bei einem Volkseinkommen von 1828 DM je Kopf, bei einer durchschnittlichen Bevölkerung des Rechnungsjahres 1951 von 48,2 Millionen. Würde die Steuer- und Sozialbelastung auf 36,39 Mrd. DM zunehmen, dann würde die durchschnittliche Steuer- und Soziallast je Kopf auf 755 DM in die Höhe gehen.

Für Großbritannien wird im laufenden Rechnungsjahr die Steuerbelastung je Kopf der Bevölkerung 86,10 Pfund Sterling und die gesamte Steuer- und Sozialbelastung 95,24 Pfund Sterling ausmachen. Für Frankreich errechnet sich auf den Kopf der Bevölkerung eine Steuer- und Sozialbelastung je Kopf von 70 861 Frcs. In Italien ergibt sich eine gesamte Steuer- und Sozialbelastung von 37 489 Lire je Kopf. Auf der Grundlage der ermittelten Zahlen errechnet sich für das Rechnungsjahr 1951 bzw. 1951/52 folgender Anteil der Steuern und der steuerartigen Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen:

	1951 bzw. 1951/52
Großbritannien	37,56%
Frankreich	36,76%
Bundesrepublik Deutschland	38,92%
Italien	23,33%

Deutschland wird also im laufenden Rechnungsjahr 1951/52 einen höheren Anteil seiner Steuer- und Sozialbelastung am Volkseinkommen haben, als er im vergleichbaren Rechnungsjahr in Großbritannien und Frankreich erreicht wird und einen wesentlich höheren Anteil, als ihn Italien im Rechnungsjahr 1951/52 selbst bei optimistischer Schätzung der Steuereingänge und bei niedrigem Ansatz des Volkseinkommens aufzuweisen hat.

Mehranforderungen an Besatzungskosten können nun weder über den deutschen Kapitalmarkt, noch durch Inanspruchnahme von Notenbankkrediten, noch durch öffentliche Abgaben irgendwelcher Art gedeckt werden. Nur durch einen besonderen Außenbeitrag für Verteidigungszwecke könnten solche Mehranforderungen für einen Verteidigungsbeitrag sichergestellt werden, ohne die innere finanzielle Stabilität der Bundesrepublik zu gefährden. Die bisher in Erwägung gezogenen Schlüssel für die Bemessung eines Verteidigungsbeitrages sind unbrauchbar, weil sie nicht auf die tatsächliche Leistungskraft der einzelnen Länder abgestellt sind. In dieser Beziehung liegen in der Bundesrepublik Deutschland Sonderverhältnisse vor, bei deren Berücksichtigung schon die gegenwärtig gezahlten Besatzungskosten ein ernstes wirtschaftliches Hemmnis bedeuten.

Es erscheint undenkbar, daß bei der Festsetzung eines Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland diese Faktoren außer Betracht gelassen werden. Täte man dies, dann würde die deutsche Verteidigungsfähigkeit nicht etwa gestärkt, sondern in Wahrheit auf das empfindlichste geschwächt werden.

## C c Landesparteien

### CDU-Abgeordnete im Württembergisch-Badischen Landtag

- Berberich, August**, geb. 1912, evgl., Landwirt und Ratschreiber, Gottersdorf über Walldürn/Baden.
- Bläsi, Franz**, geb. 1893, kath., Professor und Bürgermeister, Bruchsal.
- Brendle, Gotthold**, geb. 1892, evgl., Landrat a. D., Göppingen.
- Dippon, Karl**, geb. 1901, evgl., Weingärtner, Beutelsbach, Kreis Waiblingen.
- Dörr, Jakob**, geb. 1884, evgl., Bürgermeister i. R., Eppingen.
- Eisele, Josef**, geb. 1897, kath., Schreinermeister, Neuhausen/F.
- Gaa, Dr., Valentin**, geb. 1905, kath., Landrat, Schwetzingen.
- Häring, Dr., Hans**, geb. 1908, kath., Wirtschaftsprüfer, Stuttgart S.
- Heibel, Wilhelm**, geb. 1892, kath., Kreisbeauftragter für das Flüchtlingswesen, Schwäb. Gmünd.
- Heurich, Fridolin**, geb. 1878, kath., Staatsrat a. D., 1. Bürgermeister, Karlsruhe.
- Höhnle, Dr., Albert**, geb. 1902, evgl., Dipl.-Volkswirt, Landesgeschäftsführer, Stuttgart-Feuerbach.
- Huber, Dr., Anton**, geb. 1905, kath., Landrat, Aalen.
- Humpf, Josef**, geb. 1905, kath., Bauer, Ruital, Gde. Westhausen.
- Kaufmann, Dr., Edmund**, geb. 1893, kath., Minister a. D., Stuttgart N.
- Klein, Johann**, geb. 1874, evgl., Landwirt, Vorbachzimmern, Kreis Mergentheim.
- Kühn, Adolf**, geb. 1886, kath., Regierungsdirektor a. D., Karlsruhe.
- Kuhn, August**, geb. 1886, kath., Arbeitsamtsdirektor, Mannheim M 3 a.
- Leber, Dr., Ludwig**, geb. 1903, kath., Angestellter, Öffingen, Kreis Waiblingen.
- Möhrlin, Emil**, geb. 1883, evgl., Dipl.-Ingenieur, Stuttgart-Degerloch.
- Neinhaus, Dr., Karl**, geb. 1888, evgl., Oberbürgermeister a. D., Heidelberg.
- Raiser, Maria**, geb. 1885, evgl., Stuttgart O.
- Rauch, Alfred**, geb. 1893, evgl., Oberingenieur, Heidenheim/Brenz.
- Ruppert, Jakob**, geb. 1896, kath., Schlossermeister, Eppelheim, Kreis Heidelberg.
- Simpfendorfer, Wilhelm**, geb. 1888, evgl., Oberstudiendirektor, Korntal.
- Stooss, Heinrich**, geb. 1896, evgl., Minister a. D., Radelstetten, Kreis Ulm.
- Vogt, Karl**, geb. 1883, evgl., Bauer, Gochsen, Kreis Heilbronn
- Werber, Dr., Friedrich**, geb. 1901, kath., Oberregierungsrat, Karlsruhe.
- Wiedemeier, Franz**, geb. 1890, kath., Verwaltungsdirektor, Ulm a. D.

### CDU-Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag

Von der Fraktion der Niederdeutschen Union (CDU/DP) des Niedersächsischen Landtages gehören folgende Abgeordnete der CDU an:

- Cromme, Anton**, geb. 1901, Apotheker, Vechta.
- Egbring, Carl**, geb. 1881, Ministerialrat a. D., Oldenburg.
- Giesker, Walter**, geb. 1901, Landwirt, Landrat, Jeggen 10.
- Gorski, Hanns**, geb. 1910, Angestellter, Engelbostel.
- Hackethal, Karl**, geb. 1901, Landwirtschaftsrat, Duderstadt.
- Heermann, Johann**, geb. 1897, Landwirt, Spahn Nr. 55 über Sögel.
- Hesemann, Clemens**, geb. 1897, Bauer, Handrup Nr. 11.
- Hofmeister, Dr., Werner**, geb. 1902, Rechtsanwalt und Notar, Braunschweig.
- Hölsten, Hinrich**, geb. 1902, Landwirt, Bötersen Nr. 2.
- Kerckhoff, Dr., Hermann**, geb. 1900, Apotheker, Meppen.
- Reinke, Leo**, geb. 1909, Bauer, Bokel bei Cappeln i. O.
- Rissing, Kurt**, geb. 1888, Landwirt, Ringelheim (Harz).
- Schoo, Franz**, geb. 1899, Fabrikarbeiter, Nordhorn.

## A Ia Ruhrbehörde

### Bundesregierung behält bisherige Politik bei

Der Vorsitzende der Bundestagfraktion der CDU/CSU, Dr. v. Brentano, bedauerte auf einer Pressekonferenz am 15. August in Bonn den Entscheid der Ruhrbehörde in der Frage des Kohlenexports und verwahrte sich dagegen, daß man im Ausland die Diskussion noch vielfach unter dem Gesichtspunkt führe, Deutschland habe den Krieg verloren. Das bedeute eine Fortsetzung der Politik von 1945. Nach Beendigung des Kriegszustands und angesichts der Bemühungen um eine gemeinsame Abwehr einer gemeinsamen Bedrohung seien solche Argumente überlebt. Das Problem sei allein unter dem Gesichtspunkt zu lösen, ob man dem deutschen Volke im Augenblick einen Kohleexport zumuten könne, durch den es in eine Versorgungskrise mit unabsehbaren politischen Folgen gerate. Die zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit notwendige Kohlenmenge müsse Deutschland belassen bleiben. Er sei darüber unterrichtet, daß die deutsche Industrie durch die Kohleexporte vor der Gefahr von Stilllegungen stehe. In der Frage der Besatzungskosten wiederholte Dr. v. Brentano die grundsätzliche Bereitwilligkeit Deutschlands, seinen Beitrag zur Verteidigung zu übernehmen und entsprechende finanzielle Opfer zu tragen. Die Festlegung der Höhe könne aber nicht auf der Grundlage des Besatzungsstatuts erfolgen, sondern Deutschland habe einen legitimen Anspruch darauf, gleichberechtigt gehört zu werden. Dr. v. Brentano erklärte weiter, die Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts würden in guter Form geführt und den deutschen Wünschen werde von den Alliierten Verständnis entgegengebracht. Es sei an der Zeit, der Bundesregierung die vollen Hoheitsrechte zurückzugeben. Diese Forderung sei kein Kampf um einen falschen Souveränitätsanspruch, sondern man müsse Ernst machen mit dem Gedanken der Partnerschaft. Das bedeute gleiches Recht für Deutschland, wobei sich niemand berechtigten Vorbehalten der Alliierten verschließe, die sich aus der gesamten politischen Weltlage ergeben. Eine andere Politik als die der Bundesregierung gebe es trotz der letzten Stellungnahmen der westlichen Alliierten nicht, erklärte Dr. v. Brentano. Es sei dies eine Politik der verständnisvollen Aussprachen. Er glaube, diese Politik habe sich als richtig erwiesen und sie werde seiner Überzeugung nach von dem Bundeskanzler fortgeführt. Die persönlichen Gespräche des Bundeskanzlers in Paris, Rom und Straßburg hätten in einer guten Atmosphäre internationaler Zusammenarbeit stattgefunden. Er glaube, daß solche unmittelbaren Gespräche mit den Regierungen anderer Länder geeignet seien, diese Zusammenarbeit zu fördern. Es sei anzunehmen, daß der Bundeskanzler im Herbst den Besuch des englischen Außenministers Morrison in London erwidern werde. Außerdem sei es durchaus denkbar, daß der Bundeskanzler einer Einladung der amerikanischen Regierung zu Gesprächen in Washington auch Folge leisten werde.

## A V f Nordrhein-Westfalen

### Kommunaler Lastenausgleich verabschiedet

Das Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich 1951/52 in Nordrhein-Westfalen wurde am 30. Juli vom Landtag in zweiter und dritter Lesung nahezu einstimmig verabschiedet. Finanzminister Dr. Weitz (CDU) hob dabei hervor, daß Nordrhein-Westfalen unter den Ländern der Bundesrepublik am besten für die Gemeinden Sorge. Insgesamt sind im Landeshaushalt dieses Jahres 637,4 Milliarden DM als Zuweisungen an die Gemeinden vorgesehen, etwa sechs Millionen DM mehr als im letzten Haushaltsjahr. Die Erhöhung ergibt sich aus einem Anwachsen der Zuschüsse für die Regierungsbezirks- und Stadtkreispolizei. Für den Grundsteuerausfall infolge Kriegszerstörungen usw. erhalten die Gemeinden 60 Millionen DM. An allgemeinen Zuweisungen sind insgesamt 226,5 Millionen DM vorgesehen, davon 126 Millionen DM für den Wegfall der Bürgersteuer. 12 Millionen DM bilden einen Ausgleichsstock für Gemeinden und Gemeindeverbände. Neben Zuschüssen für die Unterhaltung und den Bau von Landstraßen werden für die Gesundheitsämter Zuschüsse von 25 Pfennigen je Kopf der Bevölkerung geleistet. Das Land trägt 85% der meisten kriegsbedingten Fürsorgelasten. 25 Millionen DM sind für die Trümmerbeseitigung, 42 Millionen DM für das Schulbauprogramm zweckgebunden.

## A IV 1 g Film

### Filmwirtschaft braucht neue Schwerpunkte

Es sei unvermeidbar, in der Filmwirtschaft wieder Schwerpunkte zu bilden, erklärte Abgeordneter Muckermann (CDU), Mitglied des Bundestagsausschusses für Presse, Rundfunk und Film auf einer Werkwoche der katholischen Diözesan-Filmstellen am 12. August in Rottenburg. Während in Deutschland nur zwei voll ausgerüstete Produktionsstätten in Geiselsgasteig und Babelsberg existierten, beständen allein im Bundesgebiet 50 bis 60 Produktions- und 70 bis 80 Verleihfirmen. Die katastrophale Lage des deutschen Films sei in Bonn erkannt worden, und man wisse, daß der wirtschaftliche Ruin des Films nur durch schnelle Maßnahmen in den drei nächsten Monaten abgewendet werden könne. Das Parlament werde sich sofort nach den Ferien mit diesen Fragen befassen und die gesetzlichen Voraussetzungen für langfristige Finanzierungshilfen zugunsten wertvoller Filmvorhaben schaffen.

## A V i Schleswig-Holstein

### Bundesregierung hilft Schleswig-Holstein

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lübke (CDU) stellte dem Landtag am 13. August sein neues Kabinett vor. Als die ernsteste Sorge der neuen Regierung bezeichnete Lübke die Sanierung des Landes auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Der Bund werde unverzüglich 9 Millionen DM zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Aus der Vorfinanzierung des 200-Millionen-DM-Programms der Bundesregierung werde ein wesentlicher Teil auf Schleswig-Holstein entfallen, um die Dauerarbeitslosigkeit zu mildern. Auch das Hauptamt für Soforthilfe werde einen erheblichen Betrag für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen zur Verfügung stellen. Der Zentralbankrat habe kürzlich Kredite in Höhe von 6 Millionen DM genehmigt. Weitere 9 Millionen DM sollen aus anderen Finanzierungsfonds zur Verfügung gestellt werden. Ministerpräsident Lübke erklärte weiter, die Landesregierung werde auf eine zügige Umsiedlung hinwirken und die Frage der landwirtschaftlichen Siedlung nach besten Kräften fördern. Der hierfür erforderliche Landbedarf solle im Verhandlungsweg mit dem Großgrundbesitz geschafft werden. Die Landesregierung lege Wert darauf, daß das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Vertriebenen alsbald verabschiedet werde, ohne daß es sich für die einheimische Bevölkerung nachteilig auswirken könne. Weiter wünsche das Kabinett eine baldige Verabschiedung des Landeswahlgesetzes in einer Form, die den Grundsätzen des geltenden Bundeswahlgesetzes entspreche. Zur Verwaltungsreform erklärte Lübke, daß man vor einer Überbewertung der finanziellen Ersparnisse warnen müsse. Er wies darauf hin, daß überstürzte Anordnungen auch unheilvolle Wirkungen auslösen könnten und daß es wesentlicher sei, das Ziel auf lange Sicht zu sehen und damit festeren Kurs anzusteuern. Die Beanstandungen des Sprechers des südschleswigschen Wählerverbandes wies Lübke mit dem Hinweis zurück, es sei der Wunsch der Landesregierung, daß zwischen dem Bund und Dänemark eine Minderheitenvereinbarung auf der Basis der Gleichberechtigung getroffen werde. Es sei bedauerlich, daß das Ausnahmegesetz für die deutschen Nordschleswiger in Dänemark noch nicht aufgehoben wurde.

## A V m Länderneugliederung

### Keine Bundesexekutive gegen Baden

Im Zusammenhang mit dem Einspruch des südbadischen Staatspräsidenten Wohleb (CDU) gegen den 16. September als Abstimmungstermin in der Südweststaatsfrage sind verschiedentlich Meldungen von einer möglichen Bundesexekutive gegen das Land Südbaden aufgetaucht. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. v. Brentano, erklärte dazu am 15. August dem UiD ausdrücklich, daß entgegen allen anderslautenden Meldungen eine solche Möglichkeit im Bundesinnenministerium bisher nicht erwogen worden ist und auch zur Zeit nicht erörtert wird. Es sei das legitime Recht einer Landesregierung, in einer für ihr Land so entscheidenden Frage bei der Bundesregierung staatsrechtliche Bedenken zu erheben. Ein solcher Schritt könne niemals mit einer Bundesexekutive beantwortet werden. Auch die Fraktion der CDU/CSU würde gegen ein derartiges Vorhaben entschieden Verwahrung einlegen.

## A V k Baden

### Konfessionelle Lehrerbildung gefordert

Nachdem sich bereits der Landesparteivorstand der CDU Südbadens, der Landeskulturausschuß und eine besondere Landtagung mit der Frage der konfessionellen Lehrerbildung befaßt hat, forderte nun auch der CDU-Landesausschuß auf seiner Tagung am 11. August in Freiburg in einer Entschliebung an die Badische Staatsregierung die sofortige Einführung der konfessionellen Lehrerbildung. Geistliche Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche setzten sich grundsätzlich für diese Lösung ein und machten Vorschläge zu ihrer Verwirklichung. Das Kultusministerium soll diesen Beschluß im Rahmen der technischen Möglichkeiten schon mit dem Beginn des neuen Schuljahres durchführen.

## A V m Länderneugliederung

### Abstimmungstermin soll eingehalten werden

Zu den von der südbadischen Landesregierung bei der Bundesregierung vorgebrachten Bedenken gegen den bevorstehenden Abstimmungstermin über die Neugliederung des südwestdeutschen Raumes erklärte der Landesvorsitzende der CDU Nord-Württembergs, Simpfendorfer, er halte die Verwirklichung des Neugliederungsgesetzes trotz mancher Bedenken aus staatsrechtlichen und allgemein politischen Gründen für dringend erforderlich. Es sei nun Sache der Bundesregierung, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit die gesetzlich festgelegte Abstimmung gesichert werde. Der Staatspräsident von Südwürttemberg-Hohenzollern, Dr. Müller (CDU), betonte, die Bundesregierung sei keinesfalls berechtigt, die Volksabstimmung auszusetzen. Sie laufe sonst Gefahr, daß die Länder bei einer Reihe anderer Gesetze, die sie beanstanden, ebenfalls die Verwirklichung verweigern. Sollte die badische Regierung die verhängnisvolle Drohung wahr machen, sich der Verpflichtung der Mitwirkung bei der Durchführung der Volksabstimmung zu entziehen, so könne er der weiteren Erklärung der badischen Regierung nur zustimmen, daß in diesem Falle die Bundesregierung die erforderlichen Maßnahmen zu treffen habe. Wenn Demokratie und demokratischer Aufbau noch einen Sinn haben sollten, dann müßten von der Mehrheit beschlossene Gesetze verwirklicht werden, solange sie nicht von den berufenen Instanzen nach sorgfältiger Prüfung und Anhören aller Beteiligten für verfassungswidrig erklärt werden. — Führende Persönlichkeiten der südwestdeutschen CDU, die für die Bildung des Südweststaates eintreten, haben sich an die Wähler ihrer Partei in Südbaden gewandt und betont, daß die Südweststaatsfrage keine Grundsatzfrage der CDU sei. Sie fordern unter Hinweis auf die Bedeutung der Abstimmung und die Vorteile kultureller und wirtschaftlicher Art, die der Südweststaat biete, die CDU-Wähler auf, so zu stimmen, wie es die bessere Einsicht gebiete. Auch die CDU in Nordbaden wird, wie der Landesvorstand in Karlsruhe am 14. August erklärte, in der Südweststaatsfrage nach wie vor neutral bleiben.

## A III 4 Europäische Zusammenarbeit

### Interparlamentarische Konferenz in Istanbul

An der Interparlamentarischen Konferenz in Istanbul, die am 31. August eröffnet wird, nimmt eine starke deutsche Delegation teil. Der diesjährige Kongreß ist von besonderer Bedeutung, weil Probleme behandelt werden, die ganz besonders Deutschland angehen, z. B. das Flüchtlings- und Ernährungsproblem. Folgende Bundestagsabgeordnete der CDU sind angemeldet: Bundestagspräsident Dr. Ehlers, Dr. v. Brentano, Frau Maria Niggemeyer, Dr. Carl Schröter, Dr. Rob. Tillmanns. Außer den kommunistischen Ländern werden sämtliche Nationen der Welt starke Delegationen nach Istanbul entsenden.

### Berichtigung

Unsere in Nr. 58 vom 8. August unter A V b Bremen veröffentlichte Meldung „Neuer Bürgerschaftsabgeordneter“ erfordert zweierlei Berichtigungen. Statt „Bremen“ muß es „Hamburg“ und statt „Nachfolge des kürzlich verstorbenen CDU-Abgeordneten“ muß es „FDP-Abgeordneten“ heißen. Herr Rechtsanwalt Heremarek ist auf Grund der Wahlgemeinschaft CDU/FDP als CDU-Abgeordneter nachgerückt.

## Bemerkungen zur Gegenwartssituation

Finanzminister a. D. Dr. Kaufmann (CDU) nahm im Württembergisch-Badischen Landtag in einer groß angelegten Rede im vergangenen Monat zu den schwebenden politischen Fragen Stellung. Da seine Ausführungen weit über den Länderbereich hinausgriffen und z. T. ins Grundsätzliche gehen, geben wir einige Gesichtspunkte seiner mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen, die uns jetzt zuzingen, hier wieder:

### Regierungsleistung und Opposition

Wer sehen will, kann nicht leugnen, daß in den letzten Jahren auf allen Gebieten ganz außerordentliche Fortschritte erzielt worden sind. Ehrliche Leute anerkennen, daß diese Fortschritte so groß sind, wie sie in den Jahren 1945 bis 1947 selbst der glühendste Optimist nicht erwartet hatte. Sie haben oft genug die Bewunderung, ja selbst den Neid des Auslandes erregt. Was aber geschieht in Versammlungen, in Reden, in Flugblättern und in einem Teil der Presse? Die seit 1945 erzielten Fortschritte und die Leistungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, die neutrale Beobachter oft schon als ein Wunder bezeichnet haben, werden ignoriert oder bagatellisiert oder gar hämisch herabgesetzt; das, was noch nicht befriedigend gelöst werden konnte — wie etwa die Wohnungsnot oder das Vertriebenenproblem oder die für jeden, der guten Willens ist, durchaus begreifliche Kohlenknappheit oder die zwar sehr bedauerliche, aber angesichts des Zustroms von fast 10 Millionen Flüchtlingen geringe Arbeitslosigkeit —, alles das wird benutzt, um die Unzufriedenheit wachzuhalten. Hiermit lassen sich zwar anfängliche Erfolge erzielen. Die Erben aber werden — wie in der Weimarer Zeit — die Radikalen von links und von rechts sein. Müssen wir denn den Weg von 1923 bis 1933 noch ein zweites Mal gehen? Wenn ich diese schicksalsschwere Frage stelle, so geht es mir wahrlich nicht um das Schicksal der CDU, sondern um das deutsche Volk.

Vor einigen Wochen sagte Professor Carlo Schmid auf einer Versammlung in Rheinland-Pfalz, wer heute spare, begehe Selbstmord. Die Betonung liegt dabei auf dem Wörtchen „heute“. Herr Carlo Schmid sollte immerhin soviel wissen, daß die Preissteigerungen zu einem wesentlichen Teil in ursächlichem Zusammenhang mit den Abhebungen von Spargeldern stehen. Weil nicht genügend gespart wird, steigen die Preise. Der entscheidende Irrtum liegt aber darin, zu glauben, man könne es als Selbstmord erklären, wenn man heute spart, und es zur Tugend erklären, wenn man morgen spart. Es wird heute allenthalben Stimmung gegen Bonn gemacht. Man meint, man könne diese Stimmung zu gegebener Zeit einmal anders herumlaufen lassen und regulieren, wie man eine Maschine mit einem Hebel reguliert. Der Hebel funktionierte in der Weimarer Zeit nicht, und er wird auch dieses Mal nicht funktionieren. Das sollten wir nie vergessen.

### Alles ist im Fluß...

Bei Verhandlungen kommt es darauf an, daß heute Mögliche zu erreichen und das noch Unerreichbare der Zeit zu überlassen. Es ist ja alles in ständigem Fluß. Wir sollten deshalb auch etwas Geduld haben. Denn gerade die Erfahrung der letzten sechs Jahre berechtigt uns zu der Hoffnung, daß der vorliegende Gemeinschaftsvertrag über den Schumanplan noch nicht seine letztgültige Fassung hat. Aus dem Morgenthau-Plan wurde ein Marshall-Plan. Und aus der amerikanischen Wiederaufbauhilfe für Europa

wurde der Schuman-Plan geboren. Die Produktion von Aluminium, von künstlichem Gummi und synthetischem Benzin, von Kugellagern, von Maschinen und Schiffen bestimmter Größen, von Flugzeugen und weiß Gott noch was alles wurde uns verboten. Was ist heute — sechs Jahre nach dem totalen Krieg und dem totalen Zusammenbruch — von diesen Verboten noch übrig geblieben? Aus der Besatzungsregierung und den Besatzungsdiktaten wurde ein Besatzungsstatut. Und auch dieses zerbröckelt mehr und mehr. Als das Besatzungsstatut verkündet wurde, hat

## Die deutschen Schrottlieferungen

Wirtschaftlich und im höheren Sinne auch politisch wesentlich sind die laufenden deutsch-alliierten Besprechungen über die Höhe des deutschen Schrottexports. Wirtschaftlich insofern, als die ausreichende Versorgung der deutschen eisenschaffenden Industrie mit Schrott eine wichtige Voraussetzung für die Ausnützung der uns gestatteten Stahlkapazität von 11–12 Millionen Tonnen jährlich darstellt; politisch interessant ist die Frage deshalb, weil hier wieder ein Prüfstein des gegenwärtig zweifellos angespannten deutsch-alliierten Verhältnisses steht, wo es gilt, zwischen verständlichen Eigeninteressen der Alliierten, in erster Linie der Engländer, und den Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft zu entscheiden. Allem Anschein nach bewegen sich hier die Verhandlungen, im Gegensatz zur Behandlung des Kohleexports, auf einen Kompromiß zu, der beiden Seiten Zugeständnisse macht. Fest steht jedenfalls, daß den bei seiner Verwirklichung in der Tragweite sehr bedenkliche Beschluß der Alliierten über die deutsche Kohlenexportquote auf keinen Fall eine ähnliche Entscheidung auf dem Schrottsektor folgen darf. Sonst würden — und das in gleicher Richtung, nämlich auf die deutsche Wirtschaftskapazität schlechthin — wirtschaftliche Folgen erster Natur und psychologische Rückwirkungen sehr unerwünschter Art eintreten.

Die Frage der Schrottlieferung wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß das monatliche Aufkommen an Schrott in der Bundesrepublik etwa 400 000 Tonnen beträgt und demgegenüber allein der Eigenbedarf der deutschen eisenschaffenden Industrie sich monatlich auf 350 000 Tonnen beläuft. Die für den Export auf diese Weise verbleibenden 50 000 Tonnen reichen aber bei weitem nicht aus, den rückliegenden und laufenden Exportforderungen nachzukommen. So haben wir allein noch etwa 515 000 Tonnen rückständige Lieferver-

Die Lebenshaltung einer Durchschnittsfamilie (einer vierköpfigen Arbeiterfamilie) ist im Monat Juli gleich hoch gewesen wie im Vormonat — allerdings sind durch die saisonbedingte Verbilligung von einzelnen Ernährungsgütern in der Gesamtindexziffer geringe Senkungen zu verzeichnen.

mich die Presse gefragt, was ich davon halte und ob es mir gefalle. Nein, es gefalle mir gar nicht, so erklärte ich den Herren, aber ich sähe darin einen großen Fortschritt gegenüber dem, was bisher war, und ich hielt es für den Anfang vom Ende der Besatzungsregierung. Wie alt ist nun jene erste Fassung des Besatzungsstatuts geworden? Wie alt wird das Ruhrstatut werden, über das man sich so sehr ereifert hat? Wird der Schuman-Plan angenommen, dann wird das Ruhrstatut sicher nicht mehr lange leben, trotz der Leute, die es noch weiter leben lassen möchten. Und wie lange hat es gedauert, bis nach unserem nicht gleichberechtigten Eintritt in die europäische Versammlung in Straßburg unser Außenminister als gleichberechtigtes Mitglied in den Europarat aufgenommen wurde. Wenn man sich diese Entwicklung stets vor Augen hält, dann wird man auch die richtige Einstellung — und Gelassenheit — zu den Fragen bekommen, die uns heute beschäftigen.

pflichtungen an die USA, Großbritannien und Italien, während die laufenden Verpflichtungen sich etwa auf 385 000 Tonnen monatlich belaufen. Vor allem die ziemlich hartnäckigen Wünsche Großbritanniens nach deutschen Schrottlieferungen haben zu ernsthaften Überlegungen geführt, wie der Mangelerscheinung auch bei Schrott in einer Weise abgeholfen werden kann, daß Deutschland seinen Verpflichtungen im Rahmen des Möglichen nachkommt und gleichzeitig die Wünsche Großbritanniens einigermaßen befriedigt werden können. Der deutsche Vermittlungsvorschlag, der vermutlich intern bereits mit alliierten Vertretern behandelt wurde, läuft, ähnlich wie ein britischer Vorschlag, nicht zuletzt auf einen Anreiz zur Erhöhung des Schrottaufkommens hinaus, sieht aber im übrigen eine Aufteilung vor, die auch die deutsche Wirtschaft zu ihrem Recht kommen läßt. Nach dem Vorschlag sollen die ersten 300 000 Tonnen Schrott monatlich erst einmal grundsätzlich der deutschen Industrie zufließen, die folgenden 50 000 Tonnen jedoch dem Export. Die weiteren 50 000 Tonnen sollen zu  $\frac{2}{3}$  für die deutsche Industrie, zu einem Drittel für den Export aufgeteilt werden. Die darüberhinaus aufkommenden Mengen werden ebenfalls, wie es der deutsche Vorschlag wünscht, auf Inland und Export verteilt und zwar zu gleichen Teilen.

Aus den Zahlen ist eindeutig zu ersehen, daß eine volle Befriedigung insbesondere der britischen Wünsche ohne erhebliche Beschränkung des eigenen Bedarfs und damit Schädigung der deutschen Wirtschaft nicht möglich ist. Großbritannien, das seine eigene Stahlindustrie nach dem Kriege aufgrund der großen deutschen Schrottlieferungen und dem Anfall von Beute- und Reparationsschrott erweiterte, hat naturgemäß an den deutschen Lieferungen heute das größte Interesse. Angesichts der aber für Großbritannien wie für die ganze westliche Welt gleichermaßen bestehenden Bedeutung einer Gesundung der deutschen Wirtschaft sollte es möglich sein, eine verständige Lösung zu finden. Auch in diesem Falle hat die Bundesregierung bewiesen, daß sie wohl abgewogene eigene Interessen und höhere Verpflichtungen abzugrenzen weiß. An den Alliierten liegt es, dieses Bestreben durch ihre Haltung anzuerkennen.

# Unser Finanzminister

Bundesfinanzminister Fritz Schäffer nahm in einem Interview einem UC-Mitarbeiter gegenüber zu den aktuellen Fragen seines Ressorts Stellung. Nachstehender Artikel ist der Niederschlag dieses Gesprächs:

Fritz Schäffer hat seine Freunde überrascht und seine Gegner enttäuscht: Er hat an Popularität nicht verloren, seit das undankbare Amt des Bundesfinanzministers auf seinen Schultern drückt. Im Gegenteil: Der Mann, der anfangs 1949 auf Befehl der Militärregierung in Oberbayern nicht Regierungspräsident werden durfte, hat nach beinahe zweijähriger Amtsführung heute im Bund ein Ansehen gewonnen, das dem des Kanzlers nur mehr wenig nachsteht. Dem ganz außergewöhnlichen Vorgang, daß ein Finanzminister, der neue Steuern anzukündigen hat, stürmisch beklatscht wird, hat sich in Reichenhall bei der CSU-Landestagung kaum jemand entziehen können.

: Es mutet in der Tat wie ein Wunder an, daß es Schäffer gelungen ist, das abgelaufene so überaus schwierige Haushaltsjahr praktisch ohne Defizit in der Bundeskasse zu beenden. 7115 Millionen DM an Soziallasten neben der beträchtlichen Summe an Besatzungskosten für das neue Fiskaljahr beeinträchtigen indessen keinesfalls die Entschlossenheit des Ministers, auch den nächsten Haushalt in Einnahmen und Ausgaben abzugleichen. Schäffer'scher Grundsatz ist: „Sobald ich von meiner Forderung nach unbedingter Abgleichung abgehe, komme ich ins Uferlose. Die Deckung eines Defizits durch das Ingangsetzen der Notenpresse beschwört das Schreckgespenst einer Inflation herauf!“

Weil Schäffer jegliche Gefahr einer Inflation vermeiden will, kämpft er hartnäckig um jede Mark, die er zur Haushalt-abgleichung braucht. Die Opposition, die lieber populäre Ausgaben als unpopuläre Einnahmen beschließt, hat es nicht leicht mit ihm. Zum Ärger der Opposition erinnert er immer wieder an die unangenehme Binsenwahrheit, daß niemand — auch nicht der Staat! — mehr ausgeben kann als er einnimmt.

Aber auch der Alliierten Hohen Kommission gegenüber ist der Minister standhaft. Ehe er einen Verteidigungsbeitrag zusichert, der die Währung in Gefahr bringt, wird er lieber sein Amt niederlegen — genau so wie er als erster bayerischer Nachkriegs-Ministerpräsident zu gehen wußte, weil er eine Entnazifizierung nach Morgenthau-Rezept nicht mitmachen wollte. Ehrlich überzeugt von der Notwendigkeit äußerster Verteidigungsanstrengungen will Schäffer aber bis an die echten Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit gehen: „Ich muß mit dem Herrn Bundeskanzler den Kampf um die Verteidigungskosten mit ehrlichem Gesicht fechten können.“ Der Minister hat sich nur schwer zur Erhöhung der Umsatzsteuer und zu den anderen Steuerplänen entschlossen, aber er braucht die Einnahmen, wenn nicht die Gefahr einer Währungskrise heraufbeschworen werden soll. „Mit den neuen Belastungen aber ist der deutsche Steuerzahler am Ende der Leistungsfähigkeit angekommen.“ Auch die Alliierte Hochkommission wird Schäffer vor dieser Feststellung nicht abbringen können.

Ihm geht es besonders auch um die Erhaltung des sozialen Friedens. „Stalin hat noch nie ein Land angegriffen, das immun gegen den Kommunismus war... Den

sozialen Frieden bei uns zu bewahren heißt deshalb der Welt den Frieden bewahren.“ Das zwingende Problem für ihn und jeden Finanzminister stellt sich so: Einen Höchstbetrag für die äußere Verteidigung auszuwerfen, aber keine Mark über eine Grenze hinaus, die durch die unbedingt notwendigen inneren Ausgaben gesetzt ist! Schäffer hofft, die Hochkommission überzeugen zu können.

Und die oppositionellen Interessenvertretungen? Der Minister sagt, die Gewerkschaften seien guten Willens und hätten ein Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem deutschen Volke. Wirklich billigt auch der DGB — virtuosos Meisterstück eines konservativen Finanzministers! — große Teile der Schäffer'schen Finanzpolitik. Für das was an Ablehnung bleibt, hat Schäffer eine treffende Bezeichnung: „Pflichtgemäße Opposition“. Seine neuen Vorlagen hofft der Bundesfinanzminister aller Opposition zum Trotz durchzubringen. Wer wollte

## Uns wird geschrieben:

### Zur hessischen Haushaltsberatung

Die diesjährigen Etatberatungen im Hessischen Landtag waren ein Gradmesser dafür, was die hessische Bevölkerung im kommenden Jahr von seiner SPD-Regierung und deren Regierungsfraktion erwarten kann. Besonders aufschlußreich war in diesem Rahmen die Debatte über den außerordentlichen Haushaltsplan, der vor allem die Ansätze für den Hessenplan und den sozialen Wohnungsbau enthält. Hier stellte der Abgeordnete Winkler (CDU) mit Recht an die Regierung die Frage, warum denn die Staatsregierung zu dem vom

## Das interessiert Sie . . .

Nach Washington wird als zweite Hauptstadt Bonn ein Zweigbüro des Hohen Kommissars für Flüchtlingsfragen bei den Vereinten Nationen erhalten. Das Büro wird voraussichtlich am 1. September seine Arbeit aufnehmen. Zum Leiter des Bonner Büros ist der Norweger Arnold Roholt ernannt worden.

Der Aufbau eines eigenen Luftverkehrsnetzes ist für den Zeitpunkt geplant, da im Zuge der Ablösung des Besatzungsstatus durch Verträge der Bundesrepublik die Lufthoheit über das deutsche Gebiet übertragen wird.

Die Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens lehnten in einer gemeinsamen Erklärung ihre Umwandlung in „private Unternehmerorganisationen“ und den Wegfall ihres öffentlich-rechtlichen Charakters ab.

Der DGB-Vorsitzende Fette und der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Dr. Raymond, werden am kommenden Dienstag in Limburg zusammentreffen. Seit der Wahl Fettes zum DGB-Vorsitzenden ist dies die erste Führungsnahme mit einem maßgebenden Vertreter der Arbeitgeber.

auch ernsthaft bestreiten, daß es sozialer ist, Autos, Perserteppiche und Elizabeth-Arden-Puder zu besteuern, als die breiten Massen stärker zu belasten? „Unser tägliches Brot gib uns heute! ... Das Brot für die Armen kommt zuerst!“ Und der Haushalt muß abgeglichen bleiben, weil es keine Inflation geben darf! So lange Fritz Schäffer Bundesfinanzminister ist, wird es keine geben.

So sagt auch das Ausland: „Schäffer gibt das Vertrauen auf die deutsche Währung.“ Der Minister selbst stellt drei Hauptforderungen seiner Finanzpolitik heraus: 1. Es muß unbedingt jede inflationistische Tendenz vermieden werden. 2. Es muß das Vertrauen des Auslands auf die deutsche Währung erhalten bleiben. 3. Last, but not least: Es muß bei den inneren Maßnahmen trotz der kritischen Situation die Verfassung geachtet werden. „Ich habe vom Artikel 106 des Grundgesetzes Gebrauch gemacht, weil ich Föderalist bin.“ erklärte er zu Punkt 3. Und er ergänzte: „Darüber hinaus werde ich nicht gehen.“ Ein Finanzminister des Bundes also, der die Länderhoheiten gegenüber dem Bund bewahrt wissen will: „Es hat sich noch niemand gemeldet, der es besser hätte machen können...“

Bund für 1951 gegebenen Geldern nicht auch ihren sichtbaren Anteil beisteuere. Das veranlaßte den SPD-Abgeordneten Christian Wittrock, der in dieser Frage bereits eine Ablehnung des Planes durch die CDU sah, zu einem mehr als sonderbaren Antrag. Wittrock verlangte von der Staatsregierung, daß sie in diesem Fall die „CDU-Aktivistin“ bei Vergebung von Bauaufträgen, die vom Staate finanziert werden, ausschalte. Die Regierung solle zum Schluß des Haushaltsjahres dem Landtag berichten, was sie in dieser Frage veranlaßt habe. War diese Forderung, so fragt man sich, nur die Entgleisung eines Einzelnen oder...? Wir möchten der Regierung Zinn eine solche Dummheit nicht zutrauen.

Im weiteren Verlauf der Etatsberatungen sprach Dr. Hilpert in seiner humorvollen Art vom „Trojanischen Pferd des Hessischen Landtages“. Er meinte damit die BHE-Fraktion. Dieses Pferd sei plötzlich den Landtag gestellt worden, ohne gleich erkennen zu lassen, welcher Art sein Inhalt sei. Nach Abschluß der Haushaltsberatungen müsse nun nach den gestellten Anträgen und gehaltenen Reden festgestellt werden, daß dieses Pferd, das als keine unbedingt erforderliche Neuerwerbung anzusprechen sei, einen falschen Platz im Landtag eingenommen habe. Der Hilfe einer Rechtsparterie verdanke es sein Dasein und habe sich zunächst in den Reihen der Rechtsopposition niedergelassen. Nun habe sich aber gezeigt, daß der richtige Standort auf der linken Seite in der ausgesprochenen SPD-Atmosphäre sei. Diese Feststellungen, die bei der Mehrheit des Hauses Heiterkeit auslösten, waren einigen Vertretern des BHE recht unbequem und machten auch der SPD sichtlich wenig Freude. Mancher Rechtswähler des BHE ist bei diesen Bemerkungen ziemlich nachdenklich geworden.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 12. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn